

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 24. Februar 1988

am Donnerstag, dem 25. Februar 1988

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Abelein (CDU/CSU)	45, 46	Kühbacher (SPD).	63
Andres (SPD).	57, 58	Dr. Lippelt (Hannover) (DIE GRÜNEN).	90, 91
Austermann (CDU/CSU)	75	Dr. Mecktersheimer (DIE GRÜNEN)	36, 37
Bachmaier (SPD)	54, 55	Menzel (SPD).	53, 78
Becker (Nienberge) (SPD)	15, 16	Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU)	81, 82
Frau Beer (DIE GRÜNEN)	94, 95	Müller (Pleisweiler) (SPD)	39, 98
Bindig (SPD)	25	Müller (Wesseling) (CDU/CSU).	47, 48
Frau Blunck (SPD)	6, 7	Frau Nickels (DIE GRÜNEN)	32, 33
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU).	34, 35	Frau Dr. Niehuis (SPD).	28, 29
Brück (SPD)	23, 24	Dr. Niese (SPD).	13, 14
Frau Bulmahn (SPD)	59, 60	Paterna (SPD)	17, 18
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	21, 22	Pfuhl (SPD)	10, 76
Frau Dr. Dobberthien (SPD)	83, 84	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	43, 44
Duve (SPD)	11, 12	Schreiner (SPD)	79, 80
Eigen (CDU/CSU)	5	Schütz (SPD)	67, 68
Dr. Emmerlich (SPD).	42	Seidenthal (SPD).	65, 66
Eylmann (CDU/CSU)	92, 93	Dr. Sperling (SPD)	8, 9
Frau Fuchs (Verl) (SPD)	96, 97	Stahl (Kempfen) (SPD)	49, 50
Frau Ganseforth (SPD).	30, 31	Stiegler (SPD)	56, 74
Gansel (SPD)	51, 71	Toetemeyer (SPD)	26, 27
Gautier (SPD)	69, 70	Dr. Uelhoff (CDU/CSU)	38
Frau Dr. Götte (SPD)	40, 41	Frau Unruh (DIE GRÜNEN)	3, 4
Frau Hämmerle (SPD)	85, 86	Verheugen (SPD)	1, 2
Dr. Hauchler (SPD).	61, 62	Werner (Ulm) (CDU/CSU).	52
Hinsken (CDU/CSU).	72, 73	Frau Wollny (DIE GRÜNEN)	87, 88
Dr. Hirsch (FDP)	19, 20	Würtz (SPD)	64
Kreuzeder (DIE GRÜNEN)	77, 89		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr.	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	10
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft.	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	15
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung.	16

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
Verheugen
(SPD) In welcher Eigenschaft und mit welchem Auftrag hat sich die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeskanzleramt und Berlin-Beauftragte der Bundesregierung, Frau Berger, in diesem Monat in Südafrika aufgehalten?
2. Abgeordneter
Verheugen
(SPD) Ist die Meldung des südafrikanischen Rundfunks zutreffend, daß die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeskanzleramt und Berlin-Beauftragte der Bundesregierung, Frau Berger, sich in diesem Monat auf Einladung der südafrikanischen Regierung in Südafrika aufgehalten hat?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

3. Abgeordnete
Frau Unruh
(DIE GRÜNEN) War der Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit der Stand der Gesetzgebungsarbeit im eigenen Hause nicht bekannt, oder welche anderen Gründe lagen vor, daß sie die bereits im Oktober 1987 gestellte Frage nach dem konkreten Stand der Novellierung des Heimgesetzes am 11. Dezember 1987 mit dem Allgemeinplatz beantwortete, „die Novellierung zügig zu betreiben“, obwohl bereits am 28. Dezember 1987 ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf den Verbänden zur Stellungnahme zugeleitet wurde?
4. Abgeordnete
Frau Unruh
(DIE GRÜNEN) Inwieweit sieht die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit in dem Novellierungsentwurf, der weder eine Verbesserung der Heimaufsicht noch eine Erweiterung der Mitspracherechte der Heimbewohner (Umwandlung von Mitwirkung in Mitbestimmung) vorsieht, die ansonsten von ihr propagierte Stärkung der Rechte der Betroffenen gewährleistet?
5. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Aus welchem Grund wird nach Meinung der Bundesregierung der Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaft KOM (87) 46 vom 13. Februar 1987 nicht weiter verfolgt, um endlich die Verbraucher durch Regelung der gesundheitlichen Fragen bei der Herstellung und Vermarktung von Eiprodukten zu schützen und einen vernünftigen Wettbewerb innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu gewährleisten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

- | | |
|---|--|
| 6. Abgeordnete
Frau
Blunck
(SPD) | Welche Firmen in der Bundesrepublik Deutschland haben eine Erlaubnis, die Beseitigung ihrer chemischen Abfälle durch die Verbrennung auf See durchzuführen, und wann laufen diese Genehmigungsbescheide aus? |
| 7. Abgeordnete
Frau
Blunck
(SPD) | Wird von den zuständigen Behörden auch dann eine Genehmigung zur Abfallverbrennung auf See erteilt, wenn in den zu verbrennenden Stoffen polychlorierte Biphenyle enthalten sind oder nachweislich durch die Verbrennung Dioxine oder Furane freigesetzt werden, und wie bewertet die Bundesregierung dies im Hinblick auf die Gefährdung der Nordsee? |
| 8. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) | Wie viele öffentliche und private Mittel werden jährlich für Forschungszwecke im Bereich des Individualverkehrs und des Autos aufgewandt? |
| 9. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) | Wie viele öffentliche und private Mittel werden jährlich für Forschungszwecke im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs, insbesondere für schienengebundene Verkehrsmittel, aufgewandt? |
| 10. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, gemäß den Anträgen der Kommunen und der Wirtschaft, zwischen den Autobahnanschlüssen Homburg/Etze und Melsungen einen weiteren Autobahnanschluß in Höhe des Ortsteils Ostheim der Großgemeinde Malsfeld an der A 7 vorzusehen? |
| 11. Abgeordneter
Duve
(SPD) | Werden vor der Verbrennung auf See Stichproben der zu verbrennenden Stoffe analysiert, und in welcher Größenordnung befinden sich in den zu verbrennenden Stoffen polychlorierte Biphenyle? |
| 12. Abgeordneter
Duve
(SPD) | Werden von den zuständigen Behörden in den Gebieten der Nordsee, in denen Sondermüll verbrannt wird, systematische Untersuchungen über mögliche ökologische Veränderungen durchgeführt, und wenn ja, welche ökologischen Veränderungen haben sich in den letzten Jahren in diesen Gebieten hinsichtlich der Beschaffenheit des Meerwassers und der Tier- und Pflanzenwelt ergeben? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

- | | |
|---|--|
| 13. Abgeordneter
Dr. Niese
(SPD) | In wie vielen Postämtern sind inzwischen Diskretionszonen an den Postschaltern eingerichtet worden, und über welche Erfahrungen verfügt die Deutsche Bundespost mit den verschiedenen Systemen, die zur Zeit erprobt werden? |
|---|--|

- | | |
|---|--|
| 14. Abgeordneter
Dr. Niese
(SPD) | Wann wird eine verbindliche Entscheidung über die Einführung von Diskretionszonen im Bereich der Deutschen Bundespost getroffen, und welches System wird dabei aus Kostengründen präferiert werden? |
| 15. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) | Wird die Bundesregierung die Energieversorgung der Betriebsgebäude der Deutschen Bundespost vorrangig auf Kohlebasis vornehmen, wenn die wirtschaftlichen und technischen Vorteile im Vergleich zu anderen Energiearten einwandfrei nachgewiesen sind? |
| 16. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) | Wird die Bundesregierung gegebenenfalls auch beim Postamt 2 Hamburg nach diesen Grundsätzen verfahren? |
| 17. Abgeordneter
Paterna
(SPD) | Ist es richtig, daß zwischen der Deutschen Bundespost (DBP) und der Baufirma K. GmbH eine Vereinbarung getroffen wurde, mit der sich die Firma K. gegen Zahlung von 200 000 DM von Rückforderungsansprüchen der DBP auf Grund falscher weil manipulierter Rechnungen freikaufte, die sich laut Mitteilung des Parlamentarischen Staatssekretärs Rawe in der Fragestunde vom 7. Oktober 1987 auf etwa 1,3 Millionen DM belaufen? |
| 18. Abgeordneter
Paterna
(SPD) | Wieso wurden diese Verhandlungen geführt, obwohl die von dem – inzwischen nach Darmstadt zwangsversetzten – Präsidenten der Oberpostdirektion München, Meier, eingesetzte Ermittlungsgruppe festgestellt hatte, daß die Baufirma K. GmbH durch manipulierte und somit falsche Abrechnungen die Deutsche Bundespost (DBP) um mindestens 1,2 Millionen DM geschädigt hat und obwohl staatsanwaltliche Ermittlungen wegen Betrugs und Untreue zum Nachteil der DBP anhängig sind? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

- | | |
|--|---|
| 19. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) | Ist es zutreffend, daß die Bundesrepublik Deutschland sich mit einem Kostenanteil von 85 v. H. an einer „Europäischen Schnellbrüter-Kernkraftwerks-Gesellschaft“ (ESK) mit dem Ziel beteiligt hat, einen 1,500 Megawatt Plutonium-Brüter bei Kalkar zu errichten? |
| 20. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) | Ist es zutreffend, daß für dieses Projekt bereits eine halbe Milliarde DM aufgewendet wurde und daß nach dem Gesellschaftsvertrag die Haftung bzw. Kostenbeteiligung des Bundes nicht begrenzt ist? |

21. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Welche Tausch(„Swap“)-Geschäfte mit Produkten für den nuklearen Brennstoffkreislauf sind der Bundesregierung seit wann bekannt, und hat sie jemals die davon betroffenen Länder informiert?
22. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß die Kernbrennstoffe der strategischen Brennstoffreserve ursprünglich aus den USA gekommen sind, und welche Herkunftsdeklarierungen weisen die Etiketten nach Chargen heute auf?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

23. Abgeordneter
Brück
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung veranlaßt, Albanien Entwicklungshilfe bis zu 6 Millionen DM aus dem Titel 896 03 (Bilaterale Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern) des Einzelplans 23 (Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit) zu gewähren, obwohl dieses Land auch nach Auffassung der Bundesregierung nicht zu den Entwicklungsländern zählt?
24. Abgeordneter
Brück
(SPD)
- Warum wurde diese Zusage während des Besuches des Bayerischen Ministerpräsidenten in Albanien gemacht?
25. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Welche Projekte werden aus der Albanien zugesagten Entwicklungshilfe in Höhe bis zu 6 Millionen DM finanziert?
26. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Hat die Bundesregierung mit dem Homeland Bophuthatswana bilaterale Verträge abgeschlossen, die Entwicklungshilfeleistungen rechtfertigen?
27. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, einem Land Entwicklungshilfe zu leisten, mit dem keine bilateralen Abkommen geschlossen wurden?
28. Abgeordnete
Frau Dr. Niehuis
(SPD)
- Trifft es zu, daß sich der Bundesminister der Finanzen gegen die Bildung zweier neuer Unterabteilungen im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ausgesprochen hat?
29. Abgeordnete
Frau Dr. Niehuis
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, obwohl er mit Recht die Knappheit von Referentenstellen beklagt, durch die Bildung zweier neuer Unterabteilungen zwei Referenten verliert?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

30. Abgeordnete
**Frau
Ganseforth**
(SPD)
- Mit welchen Maßnahmen zur Wahrung ihrer kulturellen Identität fördert die Bundesregierung die in Rumänien verbleibenden Deutschen?
31. Abgeordnete
**Frau
Ganseforth**
(SPD)
- Welches sind die Schwierigkeiten, die einer intensiven Förderung im Wege stehen?
32. Abgeordnete
**Frau
Nickels**
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung die von der Comision Nacional Sobre la Desparicion de Personas (CONADEP) zusammengestellte Liste von über 1 300 Folterern aus der Zeit der Militärdiktatur in Argentinien von 1976 bis 1983 inzwischen bekannt, und hat sie in Erfahrung gebracht, welche dieser Personen inzwischen in den diplomatischen Dienst übernommen worden sind?
33. Abgeordnete
**Frau
Nickels**
(DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Schritten hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten bislang zur Aufklärung der Schicksale der 72 deutschen und deutschstämmigen Verschwundenen beigetragen, und welche weiteren Schritte gedenkt sie zu unternehmen?
34. Abgeordneter
**Böhm
(Melsungen)**
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Informationen von oberschlesischen Aussiedlern bestätigen, wonach von seiten der UdSSR und der Volksrepublik Polen ein größerer Bevölkerungstransfer von Menschen aus den heute von der Sowjetunion verwalteten Gebieten jenseits der Curzon-Linie nach Schlesien und die übrigen ostdeutschen Vertreibungsregionen zur Zeit durchgeführt oder beabsichtigt wird?
35. Abgeordneter
**Böhm
(Melsungen)**
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie viele Menschen aus welchen Nationen seit 1945 in die ostdeutschen Vertreibungsgebiete vertrieben oder umgesiedelt worden sind?
36. Abgeordneter
Dr. Mechtersheimer
(DIE GRÜNEN)
- Worauf stützt sich die Annahme der Bundesregierung, daß die mündliche Absprache von Tokio bezüglich des Abzugs der chemischen Kampfstoffe vom Boden der Bundesrepublik Deutschland zwischen Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan auch für die folgenden US-Präsidenten Verbindlichkeitscharakter hat?

37. Abgeordneter
Dr. Mechttersheimer
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Fortgang der Genfer C-Waffen-Verbotsverhandlungen, und welche „neuen Forderungen“ (Bundesaußenminister Genscher auf dem Dreikönigstreffen der FDP) von westlicher Seite, drohen die Verhandlungen zu verzögern?
38. Abgeordneter
Dr. Uelhoff
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die deutsche Botschaft in Colombo im Herbst 1987 dem späteren Brandstifter der Frankfurter Oper den Rückflug von Sri Lanka in die Bundesrepublik Deutschland bezahlt und ihn darüber hinaus mit 1 000 DM Zehrgeld ausgestattet hat, obwohl der Mann schon in Deutschland u. a. wegen Zechprellerei polizeibekannt war?
39. Abgeordneter
Müller
(Pleisweiler)
(SPD)
- Welches sind nach Meinung der Bundesregierung die amerikanischen und französischen Interessen, um entgegen dem erklärten Willen der Bundesregierung auf den Erhalt bzw. die Neuentwicklung von chemischen Waffen zu beharren?
40. Abgeordnete
Frau
Dr. Götte
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die öffentlich geäußerte Auffassung des NATO-Oberbefehlshabers in Europa, General John Galvin, der die Dislozierung neuer binärer chemischer Waffen in der Bundesrepublik Deutschland bereits zu Friedenszeiten gefordert hat, und wenn nein, welche konkreten Schritte hat sie unternommen, damit diese Äußerungen nicht in die NATO-Verteidigungsplanungen umgesetzt werden?
41. Abgeordnete
Frau
Dr. Götte
(SPD)
- Kann die Bundesregierung verbindlich versichern, daß die Zusicherung des amerikanischen Präsidenten vom Mai 1986, wonach die in der Bundesrepublik Deutschland lagernden C-Waffenbestände bis 1992 abtransportiert und die neuen binären C-Waffen nicht ohne Zustimmung der Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland disloziert werden, auch für den nächsten Präsidenten der USA verbindlich bleibt, und wie beurteilt die Bundesregierung gegenteilige Äußerungen des Leiters der US-Delegation bei der Konferenz zu einem weltweiten Verbot der C-Waffen in Genf, Max Friedersdorf?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

42. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Trifft es zu, daß Angehörige türkischer, als „schwarze Insekten“ bezeichnete, bewaffneter Kommandos, die in der Türkei unter anderem auch gegen Kurden eingesetzt werden, in der Bundesrepublik Deutschland in Sonderheit bei der GSG 9 ausgebildet worden sind?

43. Abgeordnete
Frau Schmidt (Nürnberg)
(SPD)
- Auf welche Weise hat der Bundesgrenzschutz im Jahre 1987 von der HIV-Infizierung derjenigen sieben Ausländer erfahren, die an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland zurückgewiesen wurden, und welcher Nationalität gehörten die Zurückgewiesenen an?
44. Abgeordnete
Frau Schmidt (Nürnberg)
(SPD)
- An welchen Grenzübergängen wurden die sieben HIV-infizierten Ausländer zurückgewiesen, und in welche Länder wurden sie abgeschoben?
45. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU)
- Ist der neue Personalausweis fälschungssicher?
46. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU)
- Durch welche Maßnahmen wird ein Dokument fälschungssicher gemacht?
47. Abgeordneter
Müller (Wesseling)
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist die Zahl der Eheschließungen zwischen deutschen und ausländischen Partnern, und wie ist die Entwicklung in den letzten fünf Jahren zu beurteilen?
48. Abgeordneter
Müller (Wesseling)
(CDU/CSU)
- Nach welchen Nationalitäten gliedern sich die mit ausländischen Ehepartnern eingegangenen Ehen auf?
49. Abgeordneter
Stahl (Kempen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die an Häufigkeit zunehmenden Streitigkeiten zwischen Bürgern einerseits und Städten und Gemeinden andererseits bezüglich nicht von den Bürgern zu vertretenden Schäden und Schadensfällen – z. B. durch herabfallende Äste von Bäumen auf Autos oder Personen – auf Grundstücken der öffentlichen Hand, z. B. Straßen, Parkplätze, die nicht von den Versicherungen der Gemeinden übernommen werden, da sie durch Nachweis ihrer Sorgfaltspflicht nachgekommen sind; wie teuer würde eine Haftung der öffentlichen Hand für derartige Fälle pro Jahr und Steuerzahler kommen?
50. Abgeordneter
Stahl (Kempen)
(SPD)
- Wird die Bundesregierung den Städten und Gemeinden empfehlen, derartige Forderungen von Bürgern für nicht von ihnen zu vertretende Schäden auf öffentlichem Gelände durch mehr Kulanz von Seiten der Versicherungen der Städte und Gemeinden zu regeln, bzw. wird die Bundesregierung Städten und Gemeinden den Abschluß von Zusatzversicherungen für derartige Fälle empfehlen?

51. Abgeordneter
Gansel
(SPD)

Hält die Bundesregierung es für erforderlich, „die im öffentlichen Dienstrecht enthaltenen Grundsätze – für Beamte Artikel 33 Abs. 5 GG und die Vorschriften des Beamtenrechts, für die übrigen Mitarbeiter die entsprechenden tarifrechtlichen Bestimmungen – und ihre Konsequenzen vor allem für die Wahrnehmung ministerieller Aufgaben in ihrem Verhältnis zur Arbeit der politischen Parteien und der Parlamentsfraktionen klarzustellen und zu verdeutlichen“, und wie beurteilt sie im Rahmen der Beamtenrechtsrahmenkompetenz des Bundes einen entsprechenden Beschluß der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

52. Abgeordneter
Werner
(Ulm)
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die UN-Menschenrechtskommission in dem Entwurf einer Konvention über die Rechte des Kindes, der Anfang Februar in Genf verabschiedet werden soll, im Widerspruch zur Erklärung der Rechte des Kindes der UN-Generalversammlung vom 20. November 1957 keine Aussage darüber enthält, daß das Kind besonderer Schutzmaßnahmen und Fürsorge sowohl „vor als auch nach der Geburt“ bedarf, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, damit die Menschenrechtskommission auch das ungeborene Kind in den Katalog der Schutzmaßnahmen und Fürsorge einbezieht?

53. Abgeordneter
Menzel
(SPD)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über das System der Beiräte in der deutschen Wirtschaft, und welche Aufgaben und Einflüsse haben diese Beiräte (siehe Frage 78)?

54. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD)

Aus welchen Gründen verzögert sich die Vorlage der erst für Herbst 1987, dann für Ende 1987, dann für Anfang 1988 angekündigten Vorschläge der nach Sandoz eingesetzten interministeriellen Arbeitsgruppe Umwelthaftungsrecht/Umweltstrafrecht zur Weiterentwicklung dieser Rechtsbereiche, und wie beurteilt die Bundesregierung nach den Vorkommnissen bei Transnuklear und NUKEM die Forderungen des ehemaligen BGH-Präsidenten Gerd Pfeiffer u. a. nach härterer Bestrafung der Umweltkriminalität im Atom- oder Chemiebereich mit Freiheitsstrafen bis zu 15 Jahren?

55. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD)

Wird die Bundesregierung die in letzter Zeit erhobenen Forderungen des ehemaligen BGH-Präsidenten Gerd Pfeiffer und auch des IG-Metall-Vorsitzenden Franz Steinkühler nach höhe-

ren Strafen für Umweltdelikte, nach Anzeigepflicht für Gerichte und Behörden, nach strafrechtlicher Verantwortung der Unternehmens-Geschäftsführung für Umweltdelikte und nach Kündigungsschutz für Arbeitnehmer, die Umweltstraftaten anzeigen, aufgreifen, und wenn nicht, warum nicht?

56. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik des Vorsitzenden Richters am Bundesfinanzhof, Professor Heinrich Beisse, an § 264 Abs. 2 HGB in der Fassung des Bilanzrichtliniengesetzes (vgl. FAZ vom 14. Januar 1988, Nummer 11, Seite 12), und sieht sie insbesondere die Gefahr, daß der Grundsatz des „true and fair view“ der Bewertungswillkür Tür und Tor öffnet?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

57. Abgeordneter
Andres
(SPD)

Hat der Bundeskanzler dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten bzw. der Niedersächsischen Landesregierung zugesagt, sich um eine Übernahme von Sozialhilfeleistungen durch die Bundesregierung zu bemühen bzw. dafür einen finanziellen Ausgleich zu schaffen?

58. Abgeordneter
Andres
(SPD)

Treffen Pressemeldungen zu, daß es zwischen Mitgliedern der Niedersächsischen Landesregierung und dem Bundeskanzler bzw. der Bundesregierung Verhandlungstermine zur Frage eines weiteren Finanzausgleichs oder wegen anderer Finanzhilfen für finanzschwache Länder wie Niedersachsen gibt?

59. Abgeordnete
**Frau
Bulmahn**
(SPD)

Welche Pläne bestehen seitens der Bundesregierung, den Ländern und Gemeinden zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und zum Ausgleich der unterschiedlichen Wirtschaftskraft über die bisher geleisteten Hilfen hinaus weitere Finanzhilfen nach Artikel 91 a und 104 a GG zur Verfügung zu stellen?

60. Abgeordnete
**Frau
Bulmahn**
(SPD)

Trifft es zu, daß sich die Niedersächsische Landesregierung wegen einer Aufstockung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgaben sowie der Finanzhilfen des Bundes an die Bundesregierung gewandt hat?

61. Abgeordneter
Dr. Hauchler
(SPD)

Treffen nach Auffassung der Bundesregierung Berechnungen des Niedersächsischen Ministerpräsidenten zu, daß durch vermehrte Sozialhilfeleistungen die finanz- und wirtschaftsschwachen Länder, zu denen auch Niedersachsen zählt, insgesamt rund 4,1 Milliarden DM höhere Folgekosten aus der Arbeitslosigkeit zu tragen haben?

62. Abgeordneter
Dr. Hauchler
(SPD)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, insbesondere in wirtschafts- und finanzpolitischer Hinsicht, um die Belastungen durch vermehrte Sozialhilfeleistungen von Ländern wie Niedersachsen auszugleichen?
63. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Niedersächsischen Ministerpräsidenten, daß die strukturschwachen Länder, zu denen Niedersachsen gehört, u. a. durch erhöhte Sozialhilfeleistungen, vermehrte Schuldendienste und unterdurchschnittliche Berücksichtigung bei öffentlichen Aufträgen (Forschung, Post, Bundeswehr) insgesamt in Höhe von rund 30 Milliarden DM benachteiligt seien?
64. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Welche Maßnahmen gedenken die zuständigen Bundesministerien und die Bundesregierung insgesamt zu ergreifen, um im Sinne der Kritik des Niedersächsischen Ministerpräsidenten und unter Berücksichtigung ihres Auftrages nach dem Grundgesetz eine besondere Förderung finanz- und strukturschwacher Länder wie Niedersachsen vorzunehmen?
65. Abgeordneter
Seidenthal
(SPD)
- Gibt es Zusagen der Bundesregierung, daß die finanz- und strukturschwachen Länder, insbesondere Niedersachsen, besondere Finanzhilfen über die Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs hinaus erhalten, und wenn ja, handelt es sich bei den Zusagen für diese Zahlungen um einen Ausgleich für höhere Sozialhilfefasten der betroffenen Regionen?
66. Abgeordneter
Seidenthal
(SPD)
- Wenn nein, wie wird die Bundesregierung die finanz- und damit in der Regel strukturschwachen Länder, insbesondere Niedersachsen, von den hohen Sozialhilfeausgaben entlasten?
67. Abgeordneter
Schütz
(SPD)
- Trifft die Aussage des Niedersächsischen Ministerpräsidenten zu, daß der Bundeskanzler zugesichert hat, er wolle die Wiederherstellung gleichwertiger Lebensbedingungen in Nord- und Westdeutschland mit dem süddeutschen Raum zu seiner eigenen Aufgabe und Angelegenheit machen?
68. Abgeordneter
Schütz
(SPD)
- Welche Vorstellungen bestehen beim Bundeskanzler bezüglich der Verwirklichung seiner Zusage an den Niedersächsischen Ministerpräsidenten?

69. Abgeordneter
Dr. Gautier
(SPD)
- Welche Maßnahmen der besonderen Wirtschaftsförderung beabsichtigt die Bundesregierung im Hinblick auf finanz- und strukturschwache Länder wie Niedersachsen, um das vom Niedersächsischen Ministerpräsidenten festgestellte Investitionsdefizit gegenüber anderen Regionen der Bundesrepublik Deutschland auszugleichen?
70. Abgeordneter
Dr. Gautier
(SPD)
- Gibt es Verhandlungen mit der Niedersächsischen Landesregierung oder Zusagen an die Niedersächsische Landesregierung, durch besondere Leistungen der Bundesregierung die vom Niedersächsischen Ministerpräsidenten festgestellte Benachteiligung der Wirtschaftsregion Niedersachsen auszugleichen?
71. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Ist das Mitglied der Bundesregierung, Dr. Gerhard Stoltenberg, bereit, nachdem der Untersuchungsausschuß des Schleswig-Holsteinischen Landtages seine Ergebnisse vorgelegt hat, seine Medienschelte aus Anlaß der Presseveröffentlichungen über die Machenschaften von Dr. Uwe Barschel, die Gegenstand einer Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages gewesen ist, zu korrigieren, wie er es in seiner Vernehmung als Zeuge vor dem Landtagsausschuß am 9. Dezember 1987 angekündigt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

72. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Wie kann die Bundesregierung sicherstellen, daß keine ostasiatischen „Pseudo-Fabriken“, die fast alle Komponenten im Unterhaltungselektroniksektor importieren, in der Bundesrepublik Deutschland entstehen?
73. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Wie viele entsprechende Joint-Ventures mit japanischen Firmen sind in den letzten Jahren entstanden, und wie viele wurden zwischen den europäischen Unternehmen abgelehnt?
74. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Welche Aufstockung der Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ wäre nach Auffassung der Bundesregierung erforderlich, um die Finanzierungsmöglichkeiten im Zonenrandgebiet der einzelnen Bundesländer nach der beabsichtigten Abschaffung des Investitionszulagengesetzes (Regionalzulage einschließlich kumulierbarer weiterer möglicher Zulagen) so zu gestalten, wie sie unter dem Regime des geltenden Investitionszulagengesetzes gegeben sind und gegeben wären?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

75. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, im Rahmen der Agrarverhandlungen der EG sich für eine Einbeziehung der sogenannten „Getreidesubstitute“ in das Abschöpfungssystem einzusetzen und im Rahmen des GATT entsprechende Vereinbarungen zu treffen?
76. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung der Hessischen Landwirtschaftsministerin, daß der Anbau von Soja bzw. tropischer Gewächse wie Maniok in der Bundesrepublik Deutschland möglich ist und die Zukunftschancen der Landwirtschaft verbessern könnte?
77. Abgeordneter
Kreuzeder
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung etwas über den Verbleib von ca. 600 000 Tonnen radioaktiv verseuchten griechischen Hartweizens bekannt, und kann sie ausschließen, daß dieser Weizen auf den europäischen bzw. deutschen Markt gelangt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

78. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Wird durch die Tätigkeit dieser Beiräte (siehe Frage 53) die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in irgendeiner Weise berührt, und wird die Bundesregierung hieraus gegebenenfalls gesetzgeberische Folgerungen ziehen, um die Mitbestimmung der Arbeitnehmer zu sichern?
79. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung auf dem Hintergrund der gemeinsamen Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland „Unsere Verantwortung für den Sonntag“ Bestrebungen des IBM-Konzerns, in Sindelfingen Teile der Belegschaft sieben Wochentage lang in drei Schichten mit der Begründung arbeiten zu lassen, die Maschinen zur Herstellung von Megabit-Chips könnten so besser genutzt, die Qualität des Produktes verbessert und die Ausschußrate verringert werden, wo doch gerade in der o. a. Erklärung u. a. ausgesagt wird: „Rein wirtschaftliche Gesichtspunkte können keine Ausnahmegenehmigungen vom Verbot der Sonntagsarbeit rechtfertigen. Es wäre ein kultureller Rückschritt, wollten wir die stärkere Berücksichtigung von Freiräumen und humanen Werten im Arbeitsleben, die durch die moderne Technik mit ihren entlastenden Wirkungen für den Menschen ermöglicht werden, gerade jetzt wieder rückgängig machen“ (S. 12)?

80. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung nicht auf dem Hintergrund des geschilderten Beispiels von IBM und anderer Beispiele (z. B. Sonntagsarbeit in der Produktion bei Siemens in Regensburg und München, bei Philipps in Hamburg und bei Intermetall in Freiburg) eine ethische und christliche Pflicht, die Ausnahme vom Sonntagsarbeitsverbot in ihrem Gesetzentwurf zur Arbeitszeitverordnung enger zu fassen?
81. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung, damit die von ihr im Jahreswirtschaftsbericht 1988 erklärten positiven arbeitsmarktpolitischen Wirkungen einer „stärkeren Differenzierung der Lohnabschlüsse nach Qualifikation, Branchen und Regionen“ von den Tarifpartnern berücksichtigt werden?
82. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, wie oben aufgeführt, das Tarifvertragsrecht zu ändern, um so zu dieser Zielsetzung zu kommen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

83. Abgeordnete
Frau
Dr. Dobberthien
(SPD)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um bei der EG-Kommission eine gemeinschaftliche Lösung zum Abbau des Bleieintrags, welcher durch Stanniolkapseln für Sekt- und Weinflaschen entsteht, herbeizuführen?
84. Abgeordnete
Frau
Dr. Dobberthien
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, eine Frist zu setzen, um zu einer schnellstmöglichen Einigung zu kommen, und an welchen zeitlichen Rahmen wird dabei gedacht?
85. Abgeordnete
Frau
Hämmerle
(SPD)
- Besitzt die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, welche Umstände zur illegalen Lagerung von Natururan aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe bei der Firma Transnuklear führten, und kann sie den zeitlichen Beginn dieser Lagerung genau benennen?
86. Abgeordnete
Frau
Hämmerle
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Lagerung von radioaktiven Stoffen besser zu kontrollieren, um Fehler, wie sie im Zusammenhang mit dem Kernforschungszentrum Karlsruhe bekannt wurden, künftig auszuschließen?

87. Abgeordnete
Frau Wollny
(DIE GRÜNEN)
- Für welche Atomkraftwerke und sonstigen Atomanlagen in der Bundesrepublik Deutschland wird mit welchen Zwischenlagern bzw. Endlagern der Entsorgungsnachweis gemäß den „Grundsätzen zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke“ geführt?
88. Abgeordnete
Frau Wollny
(DIE GRÜNEN)
- Welche Mengen radioaktiven Materials aus deutschen Atomanlagen lagern zur Zeit wo im Ausland, und unter welchen vertraglichen Bedingungen werden sie dort gelagert?
89. Abgeordneter
Kreuzeder
(DIE GRÜNEN)
- Wie steht die Bundesregierung zu der Bewertung der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in der Broschüre „Schachtanlage Konrad“ vom November 1987, „Mit der Erstellung des Plans für die Schachtanlage Konrad wurde weltweit erstmals die Sicherheit eines Endlagers für alle Arten radioaktiver Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung unter Betriebs-, Störfall- und Langzeitbedingungen nachgewiesen“, und steht diese Feststellung nicht z. B. im Widerspruch zu dem noch ausstehenden nachträglich in Auftrag gegebenen Gutachten zur Langzeitsicherheit?
90. Abgeordneter
Dr. Lippelt
(Hannover)
(DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, trotz des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 11. Februar 1988 zum Transportbehälterlager Gorleben das Lager in Betrieb zu nehmen, und welche zwingenden Gründe sprechen für eine baldige Inbetriebnahme des Transportbehälterlagers Gorleben?
91. Abgeordneter
Dr. Lippelt
(Hannover)
(DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung von Überlegungen seitens der Atomindustrie, ein neues Entsorgungskonzept zu entwickeln, und welche Veränderungen beabsichtigt die Bundesregierung, an ihrem eigenen Entsorgungskonzept vorzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

92. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU)
- Berücksichtigt die Bundeswehrverwaltung bei der Vergabe von Aufträgen an Bewachungsunternehmen auch die Zuverlässigkeit der für das Unternehmen verantwortlichen Personen und die Einhaltung gesetzlicher oder tariflicher Vorschriften, gegebenenfalls mit welchem Stellenwert?
93. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU)
- Wie stellt die Bundeswehrverwaltung sicher, daß die von dem Bewachungsunternehmen beschäftigten Arbeitnehmer die für Bewachungsaufgaben erforderliche Eignung und Zuverlässigkeit haben?

94. Abgeordnete
**Frau
Beer**
(DIE GRÜNEN)
- Wann wird der von Präsident Reagan beim Weltwirtschaftsgipfel in Tokio zugesagte Abzug der chemischen Kampfstoffe vom Boden der Bundesrepublik Deutschland beginnen?
95. Abgeordnete
**Frau
Beer**
(DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen auf den Abzug der C-Waffen hat die Haushaltsgesetzgebung der USA für das laufende Haushaltsjahr, die – mit Zustimmung des Präsidenten – den Abzug an die Stationierung der neuproduzierten binären C-Waffen bindet, oder geht die Bundesregierung davon aus, daß die US-Administration das Haushaltsgesetz mißachten wird?
96. Abgeordnete
**Frau
Fuchs
(Verl)**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die vom amerikanischen Verteidigungsminister Carlucci auf der jüngsten Wehrkundetagung vertretene Auffassung: „Modernisierungsprogramme von hohem Vorrang sind unter anderem: Ein Nachfolger für die LANCE Boden-Boden-Rakete, die Entwicklung einer taktischen standoff Luft-Boden-Rakete“?
97. Abgeordnete
**Frau
Fuchs
(Verl)**
(SPD)
- Haben sich, und wenn ja, in welcher Höhe und in welchen Haushaltsjahren, aus dem Beschluß der NATO von Montebello betreffend die Modernisierung atomarer Kurzstreckensysteme und Gefechtsfeldwaffen finanzielle Auswirkungen für die Bundesrepublik Deutschland ergeben?
98. Abgeordneter
**Müller
(Pleisweiler)**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, daß im US-Depot Würth-Büchelberg atomare Munition gelagert ist?

Bonn, den 19. Februar 1988

